Entwurf

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die Emittenten-Compliance-Verordnung 2007 geändert wird

Auf Grund des § 82 Abs. 6 des Börsegesetzes 1989 – BörseG, BGBl. Nr. 555, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. XXX, wird verordnet:

Die Emittenten-Compliance-Verordnung 2007 – ECV 2007, BGBl. II Nr. 213, zuletzt geändert durch die Verordnung BGBl. II Nr. 30/2012, wird wie folgt geändert:

1. In § 1, § 7 Abs. 1 und 2 sowie § 13 Abs. 4 Z 5 wird der Begriff „Insider-Informationen“ jeweils durch den Begriff „Insiderinformationen“ ersetzt.

2. § 2 lautet:

„§ 2. (1) Diese Verordnung gilt für Emittenten, deren Aktien im Sinne von § 81a Abs. 1 Z 3 BörseG oder aktienähnliche Wertpapiere eine der folgenden Voraussetzungen erfüllen:

1. Sie sind zum Handel an einem geregelten Markt im Sinne des § 1 Abs. 2 BörseG im Inland zugelassen oder für sie ist ein Zulassungsantrag im Sinne von § 72 BörseG gestellt;
2. sie sind in den Handel an einem multilateralen Handelssystem im Sinne von § 1 Z 9 des Wertpapieraufsichtsgesetzes 2007 – WAG 2007, BGBl. I Nr. 60, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2016, im Inland einbezogen oder für sie ist ein entsprechender Zulassungsantrag gestellt.

(2) Ausgenommen vom Anwendungsbereich dieser Verordnung sind Gebietskörperschaften sowie internationale und supranationale Organisationen.“

3. § 3 Z 1 lautet:

„1. „Insiderinformation“ ist eine Information, die die Voraussetzungen gemäß Art. 7 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 über Marktmissbrauch (Marktmissbrauchsverordnung) und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinien 2003/124/EG, 2003/125/EG und 2004/72/EG der Kommission, ABl. Nr. L 173 vom 12.6.2014 S. 1, erfüllt.“

4. In § 3 Z 1a wird der Begriff „Insider-Information“ durch den Begriff „Insiderinformation“ ersetzt.

5. § 3 Z 2 lautet:

„2. „Finanzinstrumente des Emittenten“ sind Anteile und Schuldtitel des Emittenten oder Derivate davon oder andere mit diesen im Zusammenhang stehende Finanzinstrumente im Sinne von Art. 3 Abs. 1 Nr. 1 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 in demselben Umfang, wie sie von der Bestimmung des Art. 19 Abs. 11 erfasst sind.“

6. § 4 Abs. 5 entfällt.

7. In § 7 Abs. 1 wird das Zitat „§ 48d Abs. 1 und 3 BörseG“ durch das Zitat „Art. 17 Abs. 1 und 8 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014“ ersetzt.

8. In § 7 Abs. 2 wird das Zitat „§ 48b BörseG“ jeweils durch das Zitat „Art. 8 und 10 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014“ ersetzt.

9. § 8 Abs. 2 lautet:

„(2) Als angemessen im Sinne des Abs. 1 ist jedenfalls ein Zeitraum von 30 Kalendertagen vor der Ankündigung eines Jahresfinanzberichts nach Maßgabe von § 82 Abs. 4 BörseG oder den Vorschriften des Handelsplatzes, auf dem die Anteile des Emittenten zum Handel zugelassen sind, anzusehen. Gleiches gilt vor der Ankündigung eines Zwischenberichts nach Maßgabe von § 87 BörseG oder den Vorschriften des Handelsplatzes, auf dem die Anteile des Emittenten zum Handel zugelassen sind. Die Fristberechnung hat nach Maßgabe von Art. 19 Abs. 11 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 zu erfolgen.“

10. § 8 Abs. 4 lautet:

„(4) Ausnahmen vom Handelsverbot während einer Sperrfrist kann der Compliance-Verantwortliche einzelnen Personen eines Vertraulichkeitsbereichs in sinngemäßer Anwendung der maßgeblichen Voraussetzungen des unionsrechtlichen Marktmissbrauchsrechts gewähren. Bei diesen maßgeblichen Voraussetzungen handelt es sich um diejenigen gemäß Art. 19 Abs. 12 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 und Art. 7, 8 und 9 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/522 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf eine Ausnahme für bestimmte öffentliche Stellen und Zentralbanken von Drittstaaten, die Indikatoren für Marktmanipulation, die Schwellenwerte für die Offenlegung, die zuständige Behörde, der ein Aufschub zu melden ist, die Erlaubnis zum Handel während eines geschlossenen Zeitraums und die Arten meldepflichtiger Eigengeschäfte von Führungskräften, ABl. Nr. L 88/1 vom 05.04.2016 S. 1.“

11. Die Überschrift des § 10 lautet:

„Übermittlung von Meldungen über Eigengeschäfte von Führungskräften“

12. In § 10 wird das Zitat „§ 48d Abs. 4 BörseG“ durch das Zitat „Art. 19 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014“ ersetzt.

13. Die Überschrift des § 11 lautet:

„Insiderlisten“

14. In § 11 Abs. 1 und § 12 Abs. 2 Z 6 wird jeweils der Begriff „Insider-Verzeichnis“ durch den Begriff „Insiderliste“ ersetzt.

15. § 11 Abs. 2 und 3 entfällt.

16. § 12 Abs. 2 Z 4 lautet:

„4. die Länge der Sperrfristen vor der Veröffentlichung des Jahresfinanzberichts oder eines Zwischenberichts sowie die sich aus § 8 in Verbindung mit § 9 ergebenden Handelsverbote;“

17. In § 12 Abs. 2 Z 5 und § 13 Abs. 4 Z 3 lit. c wird die Wortfolge „Directors’ Dealings-Meldungen (§ 10)“ jeweils durch die Wortfolge „Meldungen über Eigengeschäfte von Führungskräften (§ 10)“ ersetzt.

18. § 12 Abs. 3 entfällt.

19. § 14 wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) § 1, § 2, § 3 Z 1, 1a und 2, § 7 Abs. 1 und 2, § 8 Abs. 2 und 4, § 10 samt Überschrift, § 11 Abs. 1 samt Überschrift, § 12 Abs. 2 Z 4 und 5 sowie § 13 Abs. 4 Z 3 lit. c und Z 5 treten mit **XX. XX** 2016 in Kraft. § 4 Abs. 5, § 11 Abs. 2 und 3 und § 12 Abs. 3 treten mit Ablauf des **XX. XX** 2016 außer Kraft.“

Begründung

Allgemeiner Teil

Gestützt auf § 82 Abs. 6 des Börsegesetzes 1989 – BörseG konkretisiert die Emittenten-Compliance-Verordnung 2007 – ECV 2007 die Überwachungs- und Organisationspflichten aus § 82 Abs. 5 BörseG, mit denen Insidergeschäfte im Rahmen der börserechtlichen Emittenten-Compliance hintangehalten werden sollen.

Auch die Verordnung (EU) Nr. 596/2014 über Marktmissbrauch (Marktmissbrauchsverordnung) und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinien 2003/124/EG, 2003/125/EG und 2004/72/EG der Kommission (im Folgenden: Marktmissbrauchsverordnung) setzt unmittelbar anwendbare Vorschriften, mit denen Insidergeschäfte verhindert werden sollen. Sie gilt ab dem 3. Juli 2016. Namentlich Kapitel 3 der Marktmissbrauchsverordnung enthält relevante Vorschriften („Offenlegungsvorschriften“), die in der ECV 2007 zu berücksichtigen sind. Dies macht teilweise Anpassungen aufgrund der Rechtsweiterentwicklung, teilweise aber auch Aufhebungen von Regelungen aufgrund des vorrangig anzuwendenden Unionsrechts erforderlich, die mit dieser Novelle vorgenommen werden sollen.

Als gesetzeskonkretisierende Norm steht die ECV 2007 weiterhin im Kontext des § 82 Abs. 5 BörseG. Die vorliegende Novelle stellt deswegen eine Begleitmaßnahme zur Novelle des BörseG dar, mit der die Marktmissbrauchsverordnung in die österreichische Rechtsordnung implementiert werden soll. Beide sollen zeitgleich in Kraft treten. Zu diesem Zweck liegt der Begutachtung der vorliegenden Novelle der Begutachtungsentwurf zur vorgenannten BörseG-Novelle zugrunde.

Aus dem Konnex zur vorgenannten BörseG-Novelle erschließt sich zugleich, dass ab der vorliegenden Novelle der ECV 2007 deren Vorschriften nur mehr auf § 82 Abs. 5 BörseG gestützt werden, aber nicht mehr auf die mit der BörseG-Novelle entfallene Ermächtigung aus § 48d Abs. 11 BörseG.

Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass die Novelle auch einen Beitrag zur Deregulierung leistet, soweit die Zielsetzungen der ECV 2007 damit nicht unterlaufen werden.

Besonderer Teil

Zu Z 1 und Z 4 (§ 1, § 7 Abs. 1 und 2, § 3 Z 1a und § 13 Abs. 4 Z 5):

Redaktionelle Anpassung an die Bezeichnung in Art. 7 der Marktmissbrauchsverordnung.

Zu Z 2 (§ 2):

Mit der Neufassung des Abs. 1 wird der Anwendungsbereich von Emittenten solcher Finanzinstrumente, die zum Handel an einem geregelten Markt zugelassen sind, auf Emittenten solcher Finanzinstrumente erweitert, die in den Handel an einem multilateralen Handelssystem einbezogen sind, sowie darüber hinaus hinsichtlich beider multilateralen Systeme auf Emittenten solcher Finanzinstrumente, für die erst ein entsprechender Zulassungsantrag gestellt ist. Die Berücksichtigung der multilateralen Handelssysteme beim persönlichen Anwendungsbereich entspricht Art. 18 Abs. 7 der Marktmissbrauchsverordnung. Damit entspricht die Neufassung auch dem Anwendungsbereich des § 82 Abs. 5 BörseG in der Fassung BörseG-Novelle zur Implementierung der Marktmissbrauchsverordnung.

Die Einschränkung auf Handelsplätze im Inland orientiert sich an der im systematischen Zusammenhang zu lesenden, entsprechenden Einschränkung in Art. 22 der Marktmissbrauchsverordnung. Wegen der Adressierung von Emittenten an ausschließlich inländischen multilateralen Handelssystemen werden bis auf Weiteres auch keine organisierten Handelssysteme berücksichtigt, weil für organisierte Handelssysteme im Inland zunächst der erforderliche Rechtsrahmen in Umsetzung der Richtlinie 2014/65/EU über Märkte für Finanzinstrumente sowie zur Änderung der Richtlinien 2002/92/EG und 2011/61/EG (Neufassung) geschaffen werden muss. Dies entspricht auch dem Übergangsrecht gemäß Art. 39 Abs. 4 zweiter Unterabsatz der Marktmissbrauchsverordnung.

Als Folgeänderung entfällt die bisherige Ausnahme vom Anwendungsbereich für Emittenten an multilateralen Handelssystemen, so dass der Abs. 2 schlanker neugefasst werden kann.

Zu Z 3 (§ 3 Z 1):

Der Begriff der Insiderinformation wird an die unmittelbar anwendbare Definition gemäß Art. 7 der Marktmissbrauchsverordnung angepasst. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die verwiesene Definition auch Informationen in Bezug auf Finanzinstrumente von Emittenten, die vom persönlichen Anwendungsbereich der ECV 2007 nicht erfasst sind, mitumfasst. Insoweit geht der bewusst schlank gehaltene Verweis auf die Definition ins Leere.

Zu Z 5 (§ 3 Z 2):

Im Hinblick auf die Verordnungsbestimmung des § 8 Abs. 1 wird die Begriffsbestimmung des § 3 Z 2 an Art. 19 Abs. 11 der Marktmissbrauchsverordnung angepasst.

Zu Z 6 (§ 4 Abs. 5):

Der entfallenden Vorschrift geht die Bestimmung des Art. 18 Abs. 2 der Marktmissbrauchsverordnung vor.

Zu Z 7 und Z 8 (§ 7 Abs. 1 und 2):

Redaktionelle Anpassung an die Marktmissbrauchsverordnung.

Zu Z 9 (§ 8 Abs. 2):

Mit der Änderung werden die Sperrfristen vereinheitlicht und an Art. 19 der Marktmissbrauchsverordnung angepasst. Um bei der Fristberechnung jedenfalls Unterschiede zwischen der Anwendung der Marktmissbrauchsverordnung und der Emittenten-Compliance-Verordnung auszuschließen, wird unmittelbar auf Art. 19 Abs. 11 der Marktmissbrauchsverordnung verwiesen, was u. a. auch diesbezügliche Konvergenzinstrumente einschließt. Zum Zwecke der Anpassung entfällt auch die Berücksichtigung der vorläufigen Bilanzzahlen.

Zu Z 10 (§ 8 Abs. 4):

Mit der Neufassung werden die Voraussetzungen für die Gewährung einer Ausnahme vom Handelsverbot an die Vorgaben aus Art. 19 Abs. 12 der Marktmissbrauchsverordnung und der dazu erlassenen Delegierten Verordnung (EU) 2016/522 der Kommission angepasst.

Zu Z 11, 12, 13 und 14 (§ 10 samt Überschrift, § 11 Abs 1 und § 12 Z 6):

Redaktionelle Anpassungen an die Marktmissbrauchsverordnung.

Z 15 (§ 11 Abs. 2 und 3):

Im Hinblick auf die Regelung in Art. 18 Abs. 5 der Marktmissbrauchsverordnung und der darauf basierenden Durchführungsverordnung (EU) 2016/347 der Kommission entfallen die Verordnungsbestimmungen.

Z 16 (§ 12 Abs. 2 Z 4):

Redaktionelle Folgeänderung zu § 8 Abs. 2.

Z 17 (§ 12 Abs. 2 Z 5 und § 13 Abs. 4 Z 3 lit. c):

Redaktionelle Folgeänderungen zur neuen Überschrift des § 10.

Z 18 (§ 12 Abs. 3):

Die Pflicht der Emittenten, ihre Compliance-Richtlinie und jede Änderung derselben der FMA zu übermitteln, hat einen nur geringen Mehrwert in der Aufsichtstätigkeit gezeigt. Deswegen soll auf diese Pflicht in Zukunft verzichtet werden. Bei anderen Konzessionsträgern, die von der FMA beaufsichtigt werden (wie zum Beispiel nach dem Wertpapieraufsichtsgesetz 2007 – WAG 2007 oder dem Investmentfondsgesetz 2011, - InvFG 2011) sind ebenso keine derartigen Übermittlungsverpflichtungen bei Compliance-Richtlinien vorgesehen..

Z 19 (§ 14 Abs. 4):

Regelung des In- und Außerkrafttretens.